



Eidgenössische Steuerverwaltung  
Direktor Urs Ursprung  
Eigerstrasse 65

3003 Bern

Bern, 29. Januar 2010

## **Anhörung zur Verordnung über Änderungen im Bereich der Stempelabgaben und der Verrechnungssteuer**

Sehr geehrte Damen und Herren

Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz

Spitalgasse 34  
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69  
Telefax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch  
www.spschweiz.ch

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Anhörungsunterlagen für die geplanten Änderungen der steuerlichen Rahmenbedingungen für konzerninterne Finanzierungsaktivitäten. Gerne nehmen wir dazu Stellung.

Die SP Schweiz anerkennt, dass im Bereich der Besteuerung von Unternehmen infolge der Globalisierung eine grosse Dynamik besteht. Diese Entwicklung, wie sie beispielsweise durch die Abschaffung der Besteuerung von konzerninternen Finanzierungstätigkeiten in verschiedenen EU-Staaten zum Ausdruck kommt, führt entsprechend regelmässig zu Fragen über steuergesetzlichen Anpassungsbedarf auch in der Schweiz.

Dennoch lehnt die SP die vorliegenden Änderungen ab, weil wir ein Vorpreschen in dieser Sache als die falsche Strategie erachten. Da der Bundesrat bereits seit längerem eine nächste Reform der Unternehmensbesteuerung auf Gesetzesstufe (Unternehmenssteuerreform III) prüft, um den schweizerischen Kapitalmarkt attraktiver und konkurrenzfähiger zu machen, bedarf es aus Sicht der SP kein Vorgehen in dieser Angelegenheit.

Die SP wünschte sich vom Bundesrat vielmehr möglichst bald einen ausgereiften Lösungsvorschlag für die viel wichtigeren offenen Fra-

gen im Bereich der Unternehmensbesteuerung, nämlich bezüglich des immer noch ungelösten Streits mit der EU um die umstrittenen kantonalen Steuerregime.

Zudem ist es aus Sicht der SP nicht vertretbar, dass nun mit Anpassungen der Verordnung für Stempelabgaben (StV) und der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (VStV) Konzerngesellschaften bei internen Finanzierungstätigkeiten von der Emissionsabgabe und der Verrechnungssteuer befreit werden, ohne dass die finanziellen Konsequenzen für den Bund abschliessend geklärt sind. So wird im erläuternden Bericht der Steuerverwaltung nur erwähnt, dass „keine nennenswerten Mindereinnahmen“ zu erwarten seien, da „das Aufkommen bei der Emissionsabgabe und Verrechnungssteuer nur unwesentlich vermindert werden dürfte“. Vor dem Hintergrund des vom Bundesrat anvisierten Konsolidierungsprogramms und der damit verbundenen Aufgabenüberprüfung rechtfertigen sich für die SP keine weiteren Einnahmeeinbussen.

Die SP verlangt darum zum jetzigen Zeitpunkt einen Verzicht auf die vorliegenden Ergänzungen von Artikel 15bis (Guthaben im Konzern) StV sowie von Artikel 14a VStV.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz



Christian Levrat  
Präsident



Stefan Hostettler  
Politischer Fachsekretär